

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

28. Sitzung

am Mittwoch, dem 25. April 2001, 14:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Monika Schwalm (CDU)	Vorsitzende
Peter Eichstädt (SPD)	
Klaus-Peter Puls (SPD)	
Helmut Plüschau (SPD)	in Vertretung von Thomas Rother
Andreas Beran (SPD)	in Vertretung von Anna Schlosser-Keichel
Renate Gröpel (SPD)	in Vertretung von Jutta Schümann
Peter Jensen-Nissen (CDU)	in Vertretung von Thorsten Geißler
Klaus Schlie (CDU)	
Gero Storjohann (CDU)	in Vertretung von Dr. Johann Wadephul
Günther Hildebrand (F.D.P.)	
Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	in Vertretung von Irene Fröhlich

Weitere Abgeordnete

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Rainer Wiegard (CDU)
Silke Hinrichsen (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG -)	5
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/55	
hierzu: Umdruck 15/1000	
hier: Vorstellung der Wahlkreismodelle mit 37 beziehungsweise 38 Wahlkreisen durch den Innenminister	
2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG Schleswig-Holstein)	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/571	
hierzu: Umdrucke 15/604, 15/688 (neu), 15/691, 15/720, 15/753, 15/760, 15/824, 15/826, 15/835, 15/845	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)	7
Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 15/123	
hierzu: Umdrucke 15/126, 15/129, 15/165, 15/171, 15/211, 15/216, 15/217, 15/246-15/250, 15/294, 15/296, 15/297, 15/299-15/301, 15/318, 15/320, 15/325, 15/327, 15/332, 15/334, 15/335, 15/365, 15/469, 15/481, 15/569, 15/589, 15/591, 15/657	
4. Bundeswehrstrukturreform	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/351	
hierzu: Umdrucke 15/543, 15/558	

5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein 9

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/578

hierzu: Umdrucke 15/692, 15/803-15/806, 15/812, 15/815, 15/827, 15/828,
15/834, 15/837, 15/838, 15/851, 15/868

6. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze 11

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/570

hierzu: Umdrucke 15/690, 15/713, 15/807, 15/808, 15/823, 15/830, 15/841,
15/884, 15/949

7. Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnungen Architektin oder Architekt, Stadtplanerin oder Stadtplaner und Beratende Ingenieurin oder Beratender Ingenieur sowie über die Errichtung einer Architekten- und Ingenieurkammer (Architekten- und Ingenieurkammergesetz - ArchIngKG) 12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/609

hierzu: Umdrucke 15/839, 15/853, 15/864, 15/871, 15/873

8. Verschiedenes 13

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Antrag von Abg. Puls setzt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU zur Änderung des Landeswahlgesetzes, Drucksache 15/83, von der Tagesordnung ab und kommt überein, über diesen Gesetzentwurf abschließend in der Sitzung am Donnerstag, dem 10. Mai 2001, 13:00 Uhr zu beraten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz - LWahlG -)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/55

hierzu: Umdruck 15/1000

hier: Vorstellung der Wahlkreismodelle mit 37 beziehungsweise 38 Wahlkreisen durch den Innenminister

M Buß berichtet, die Erarbeitung von Wahlkreismodellen mit 37 beziehungsweise 38 Wahlkreisen stehe kurz vor ihrer Fertigstellung. Es seien noch einige neue Zahlen und kleinere Änderungen einzuarbeiten. Die entsprechenden Modelle würden dem Ausschuss rechtzeitig vor seiner nächsten Ausschusssitzung zugehen. Außerdem kündigt er an, für jede der beiden Möglichkeiten - 37 beziehungsweise 38 Wahlkreise - zwei Varianten vorzulegen.

Auf Vorschlag von Abg. Puls beauftragt der Ausschuss den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, dem Ausschuss eine Aufstellung von alternativen Möglichkeiten zu unterbreiten, die ebenfalls der Zielsetzung des Gesetzentwurfs dienen, die in der Verfassung vorgesehene Regelzahl der Abgeordneten zu erreichen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG Schleswig-Holstein)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/571

hierzu: Umdrucke 15/604, 15/688 (neu), 15/691, 15/720, 15/753, 15/760,
15/824, 15/826, 15/835, 15/845

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Sozialausschuss)

Abg. Puls schlägt angesichts des Zeitrahmens - der Gesetzentwurf soll zum 1. Juli in Kraft treten - vor, vorbehaltlich eines gleich lautenden Votums des Sozialausschusses in der Sache abzustimmen.

Abg. Storjohann macht den Vorschlag, auch über diesen Gesetzentwurf abschließend in der Sitzung am 10. Mai zu beraten. Er legt dar, die CDU-Fraktion führe eine fraktionsinterne Anhörung durch, deren Ergebnisse sie in die Beratung einbringen wolle. - Der Ausschuss erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Auf eine Nachfrage des Abg. Storjohann bezüglich der Härtefälle legt L Dr. GüldenberG dar, dass sich die persönlichkeitsbedingten Härtefälle seit der letzten Novelle erheblich verringert hätten. Es blieben aber immer noch einige Härtefälle übrig. Er gehe davon aus, dass es sich dabei um „eine Hand voll“ von Fällen handele.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Öffnung von Standards für öffentlich-rechtliche Körperschaften in Schleswig-Holstein (Standardöffnungsgesetz - StöffG S-H)

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/123

hierzu: Umdrucke 15/126, 15/129, 15/165, 15/171, 15/211, 15/216, 15/217, 15/246-15/250, 15/294, 15/296, 15/297, 15/299-15/301, 15/318, 15/320, 15/325, 15/327, 15/332, 15/334, 15/335, 15/365, 15/469, 15/481, 15/569, 15/589, 15/591, 15/657

(überwiesen am 7. Juni 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den **Finanzausschuss**)

Abg. Puls regt an, eine Anhörung durchzuführen und schlägt vor, in der nächsten Sitzung Themenschwerpunkte sowie den Kreis der Anzuhörenden festzulegen.

Abg. Kubicki geht auf Äußerungen aus dem Bereich der Landesregierung ein, wonach bestimmte Rechtssätze einer Öffnung von Standards zugänglich seien und zugänglich gemacht werden sollten. Er bittet um Erläuterung, auf welchem rechtstechnischen Weg dies umgesetzt werden solle. - AL Dr. Lutz berichtet, aus Berichten der Landesregierung aus dem vergangenen Herbst sei bekannt, dass die Landesregierung die Absicht habe, verschiedene Einzelgesetze, in denen Verordnungsermächtigungen enthalten seien, so zu verändern, dass neben der Verordnungsermächtigung für die Landesregierung eine Verordnungsermächtigung für Kommunen begründet werde. Damit solle die Möglichkeit gegeben werden, Standards zu verändern. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass nicht die ursprünglich 27 Verordnungsermächtigungen, die sich in 27 Einzelgesetzen befänden, für eine Änderung infrage kämen. So gründeten beispielsweise einige Verordnungsermächtigungen auf Bundesrecht. - Der entsprechende Entwurf befinde sich derzeit in der Anhörung der Verbände.

Abg. Birk erinnert an den Auftrag des Innen- und Rechtsausschusses an die ehemaligen Vorsitzenden der Enquetekommission „Kommunales“, dem Ausschuss eine Liste von Arbeitsmaterialien der Enquetekommission an die Hand zu geben. - Abg. Puls versichert, dass sich diese Liste in der Erarbeitung befinde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bundeswehrstrukturreform

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/351

hierzu: Umdrucke 15/543, 15/558

(überwiesen am 29. September an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Auf Antrag von Abg. Schlie erklärt der Ausschuss den Antrag für erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 15/578

hierzu: Umdrucke 15/692, 15/803-15/806, 15/812, 15/815, 15/827, 15/828,
15/834, 15/837, 15/838, 15/851, 15/868

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

Auf Anregung von Abg. Puls beauftragt der Ausschuss den Wissenschaftlichen Dienst des Landtages, eine synoptische Auswertung der vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen zu fertigen.

Abg. Kubicki spricht eine Studie des Kronberger Kreises über die Zukunftsfähigkeit öffentlich-rechtlicher Landesbanken und Sparkassen an, die in der letzten Woche vorgestellt worden ist. Er informiert den Ausschuss darüber, dass er eine entsprechende Anzahl von Exemplaren angefordert habe, um sie ihm zur Verfügung zu stellen.

An die Regierungsfractionen gerichtet stellt er die Frage nach deren grundsätzlicher Position insbesondere vor dem Hintergrund von Pressemitteilungen, dass es eine gemeinsame Position der Bundesländer und der Bundesregierung gegenüber der Europäischen Kommission gebe. Nach seinen Informationen gebe es eine Einigung bezüglich des Finanzsektors, die sowohl zur Abschaffung der Anstaltslast als auch zur Gewährträgerhaftung führen werde, und zwar bei einer längeren Übergangsfrist und der Möglichkeit, die Anteile des Staates in privatrechtlicher Form beim Staat zu belassen.

Abg. Puls weist darauf hin, seine Fraktion plane die Durchführung eines fraktionsinternen Forums zum Thema Sparkassen. Die Ergebnisse dieses Forums sollten in die aktuelle Diskussion einfließen.

Abg. Kubicki hält eine Standortbestimmung für sinnvoll, insbesondere vor dem Hintergrund von öffentlichen Äußerungen, wonach sich das Land eine Eigentümerstellung anmaße, die es eigentlich nicht habe. Er spricht sich dafür aus, dass sich der Landtag kurzfristig darüber einigt, welche Auffassung er vertritt.

Nach den Worten von Abg. Birk sind die Grundsatzpositionen aus Plenardiskussionen bereits bekannt. Für wichtig halte sie die Antwort auf die Frage, wie die Dienstleistungsfunktionen, die die Sparkassen wahrnehmen, und die anderen Dienstleistungsfunktionen, die die Landesbanken wahrnehmen, erhalten blieben, sodass weiterhin die gewünschten Aufgaben übernommen werden könnten, wie beispielsweise Förderung des Mittelstandes in der Fläche und Übernahme von Verantwortung für bestimmte Aufgaben. Zu beachten sei in diesem Zusammenhang auch das zunehmende Engagement dieser Finanzhäuser auf europäischer Ebene.

Abg. Kubicki hält die Behauptung, zur Finanzierung des Mittelstandes bedürfe es der Sparkassen, für falsch und spricht von einem „Kampf an der falschen Front“. Der Mittelstand sei bedroht dadurch, dass sich Kreditinstitute demnächst einem Abkommen anschließen, das vorsehe, dass alle Personen und Unternehmen nach einem bestimmten System gerated würden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/570

hierzu: Umdrucke 15/690, 15/713, 15/807, 15/808, 15/823, 15/830, 15/841,
15/884, 15/949

(überwiesen am 14. Dezember 2000)

Abg. Puls geht auf die in mehreren Stellungnahmen enthaltene Kritik der mangelnden Einbeziehung von Teilzeitkräften in die Altersteilzeit ein und bittet das Ministerium, dazu Stellung zu nehmen und entsprechende Formulierungsvorschläge für Änderungen vorzulegen.

AL Dr. Lutz sagt zu, entsprechende Formulierungsvorschläge zu unterbreiten. Er erläutert, die Landesregierung habe aus Kostengründen auf einen entsprechenden Vorschlag verzichtet. Er regt an, die entsprechenden Formulierungsvorschläge auf Zweckmäßigkeit und Finanzierbarkeit hin zu diskutieren.

Abg. Birk bittet darum, den Formulierungsvorschlägen eine grobe Schätzung des erforderlichen Finanzvolumens beizufügen. - AL Dr. Lutz sagt zu, sich um entsprechende Aussagen zu bemühen.

Abg. Hinrichsen bittet ebenfalls um eine Stellungnahme zum Thema Anspruch auf Beihilfe bei kurzer Freistellung vom Dienst ohne Bezüge. - AL Dr. Lutz sagt dies zu.

Im Folgenden erläutern die Mitglieder der Landesregierung kurz den Terminus der Erprobungszeit in § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 LBG, die in Aufstiegsfällen, bei politischen Beamtinnen und Beamten und den Mitgliedern des Landesrechnungshofs wegfallen soll.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Gesetzes über die Führung der Berufsbezeichnungen Architektin oder Architekt, Stadtplanerin oder Stadtplaner und Beratende Ingenieurin oder Beratender Ingenieur sowie über die Errichtung einer Architekten- und Ingenieurkammer (Architekten- und Ingenieurkammergesetz - ArchIngKG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/609

hierzu: Umdrucke 15/839, 15/853, 15/864, 15/871, 15/873

(überwiesen am 26. Januar 2001 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Hildebrand legt dar, seine Fraktion habe, nachdem nunmehr die Stellungnahmen zum Thema Zwangsmitgliedschaft vorlägen, keinen weiteren Beratungsbedarf.

Abg. Birk stellt an die Vertreterin des SSW die Frage, ob aus ihrer Sicht die Problematik des Zugangs insbesondere von skandinavischen Architektinnen und Architekten in Schleswig-Holstein ausreichend geregelt sei. - Abg. Hinrichsen bittet angesichts der Tatsache, dass eine schriftliche Stellungnahme kurzfristig vorgelegt worden sei, darum, die Beratung zu vertagen. - Der Ausschuss kommt dieser Bitte nach und kommt überein, auch über diesen Gesetzentwurf in der Sitzung am 10. Mai zu beraten.

Abg. Storjohann regt an, die in der Stellungnahme des VBI enthaltenen Änderungsvorschläge aufzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Vorsitzende informiert die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Kirchhof zum Thema Finanzbeziehungen vorliegt.

Weiter informiert sie den Ausschuss über eine Einladung des Innenministers zu einer Schifffahrt mit dem Polizeiboot im Anschluss an die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses am 27. Juni 2001.

Abg. Schlie regt an, eine Informationsreise des Ausschusses zu unternehmen. - Abg. Kubicki schlägt als Reiseziel Dänemark vor. - Der Ausschuss bittet Abg. Puls und Abg. Schlie, einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen.

Die Vorsitzende, Abg. Schwalm, schließt die Sitzung um 14:50 Uhr.

gez. Schwalm

Vorsitzende

gez. Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin